

Aus meiner Sicht ...



Cornelia Kaminski ist Bundesvorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle (ALFA e.V.).

Cornelia Kaminski

Töten kann nie rechtmäßig sein

Ein aus 26 Organisationen bestehendes Bündnis will die Paragraphen 218 bis 219b aus dem Strafgesetzbuch streichen. Der Gesetzentwurf will vorgeburtliche Kindstötungen bis zum Ende der 22. Schwangerschaftswoche „rechtmäßig“ stellen. Zu diesem Zeitpunkt ist das Kind etwa 23 bis 28 Zentimeter groß. Es kann bereits die Augenbrauen verziehen oder Purzelbäume schlagen. Dies und anderes mehr würde einer Schwangeren, die eine Abtreibung verlangt, aber niemand mehr mitteilen können. Denn der Gesetzentwurf sieht ebenso vor, dass die Pflicht zur Beratung entfällt. Die Kosten für die dann „rechtmäßige“ Kindstötung sollen von den gesetzlichen Krankenkassen getragen und da-

mit der Solidargemeinschaft der Versicherten aufgebürdet werden. Hier soll ein „Recht auf Abtreibung“ geschaffen werden.

Ein solches Recht kann es aber nicht geben. Laut Bundesverfassungsgericht kommt das Recht auf Leben ungeborenen Menschen in gleicher Weise zu wie geborenen. Ein Gesetzgeber, der sich den Gesetzentwurf zu eigen machen wollte, müsste also behaupten, dass ungeborene Kinder bis zum Ende der 22. Schwangerschaftswoche keine Menschen sind und daher kein Grundrecht auf Leben besäßen, das anerkannt werden müsse. Ein „Recht auf Abtreibung“ würde bedeuten, dass schwangere Frauen einen Rechtsanspruch auf die Tötung eines unschuldigen und wehrlosen

Menschen durch einen Arzt besäßen und dieses bei Bedarf geltend machen können.

Der Gesetzentwurf widerspricht der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und dem Stand der Wissenschaft. Er ist hochgradig interessengeleitet und will – unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht – Menschen, deren Recht auf Leben respektiert wurde, das Recht verschaffen, anderen Menschen das Recht auf Leben abzusprechen. In einem freiheitlich-demokratischen Staat bleibt ein jeder auch Herr über seine Lebenslägen. Ein Staat allerdings, der sich diese aneignet, würde sich nicht nur in den Augen seiner Bürger lächerlich machen. Er würde auch aufhören, ein Rechtsstaat zu sein.



Pater Klaus Schäfer SAC ist Krankenhausseelsorger in Regensburg und Autor unserer Zeitung.

Klaus Schäfer

„Ja“ und „Nein“ gleich gültig?

Bei der Frage, ob man bereit ist, im Falle seines Hirntods Organe spenden zu wollen, betonen Kirche und Staat, dass die Beratung ergebnisoffen und neutral erfolgen solle. Beide Entscheidungen – also einer Organentnahme zuzustimmen oder ihr zu widersprechen – hätten gleiche Gültigkeit. Stimmt dies?

„Was du auch tust, bedenke das Ende, so wirst du nicht sündigen in Ewigkeit“, heißt es in der Bibel (Sir 7,36). Bezüglich dieses Zitats sollte der Blick auf das Ende gelenkt werden. Die Entscheidung, ob im Falle des Hirntods Organe gespendet werden, hat nicht den Hirntoten im Blick, sondern den Organpatienten. Für Nieren-Patienten gibt es – trotz und mit all den Beschwerden und

Einschränkungen – die Dialyse als Nieren-Ersatztherapie. Eine Nierentransplantation steigert die Lebensqualität und verlängert das Leben. Für Herz-, Lungen- und Leber-Patienten gibt es nichts Vergleichbares. Für sie gibt es mittelfristig nur den Tod.

Am Ende entscheidet das „Ja“ oder „Nein“ über ein anderes Leben. Wenn man bedenkt, dass ein Organspender durchschnittlich drei Organe spendet, kann man sagen, dass er drei Patienten das Leben verlängern kann. Somit multiplizieren sich die Folgen um den Faktor 3.

Damit kann man aber nicht mehr sagen, dass bei der Frage zur Organspende das „Ja“ gleich gültig zum „Nein“ sei. Vielmehr muss

man sagen, dass dieses „Ja“ oder „Nein“ für drei Menschen über Leben und Tod entscheiden kann.

Dass bei der Frage der Organspende das „Ja“ gegenüber dem „Nein“ gleich gültig sei, führt zu einer Gleichgültigkeit gegenüber den Organpatienten. Anscheinend nehmen viele es in ihrer Gleichgültigkeit einfach hin, dass nach aktuellen Zahlen täglich zwei Patienten sterben, deren Leben die Ärzte mit einem Spenderorgan hätten retten können.

Es ist höchste Zeit, dass von der gleichen Gültigkeit und der daraus resultierenden Gleichgültigkeit Abschied genommen wird. Jedes „Ja“ zur Organspende rettet Leben – und zwar mehrere.



Marian Offman ist langjähriges Mitglied des Münchner Stadtrats und Beauftragter der Landeshauptstadt München für den interreligiösen Dialog.

Marian Offman

Den Frieden im Umfeld suchen

Um die 30 Prozent holte die AfD bei den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern. Diese Partei ist in Teilen rechtsradikal und antisemitisch. In ihren Programmen findet sich die Vorstellung der Remigration, ein Kampfbegriff für Vertreibung und Deportation.

Gleichzeitig tobt der Krieg im Nahen Osten bereits über ein Jahr. Er begann mit dem Massaker vom 7. Oktober. 1200 Zivilisten wurden von der Hamas ermordet, über 200 Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. In den Kibbuzim haben sie Kinder vor den Augen ihrer Eltern ermordet. Ganz bewusst haben die Terroristen den entmenslichten Horror der Nazis an den Juden in Israel kopiert. Auch

meine Familie in Polen wurde von solchen Gräueltaten der SS-Schergen heimgesucht.

Geführt werden die Kriege von den Stellvertretern der Mullahs im Iran. Das Ziel der „islamischen Theokratie“ im Iran ist die Vernichtung des jüdischen Staates Israel. Dieser kämpft um seine Existenz. An seiner Spitze steht eine in Teilen rechtsradikale Regierung, welche mit einer so genannten Justizreform die Demokratie in Israel aushebeln will.

Wie kann ich als zutiefst demokratisch gesinnter jüdischer Mensch angesichts dieser Katastrophen noch einen klaren Gedanken fassen? Es gibt einen kleinen Lichtblick. Wenn Kriege toben und Menschen auf beiden Seiten unendliches Leid erfahren, können wir

doch in unserem nahen Umfeld den Frieden suchen. So gelang nun endlich ein Treffen der Religionen in der Synagoge in München.

Nach dem Mittagessen im jüdischen Restaurant Einstein besuchten ein Imam, der evangelische Stadtdekan und ein Vertreter des Erzbistums das Gotteshaus. Rabbiner Brodman und Imam Idriz standen vor dem geöffneten Thoraschrein und tauschten sich über Riten und Gebetszeiten aus. Sie lachten über Witze des Rabbiners, und der Imam betonte, er fühle sich als gläubiger Muslim an diesem Ort sehr wohl. Sie überlegten, ob beide nicht als Team in Schulen gehen könnten, um dort über ihre Religionen zu sprechen – und vielleicht auch über den Konflikt in Nahost.